

GRUSSWORT VON MEKONNEN MESGHENA

Stuttgart, 4. Februar 2016

Allianz für Pluralismus. Allianz für Zusammenhalt.

Deutschland 2015. Deutschland 2016.

Ein Deutschland von 2015, welches durch eine beispiellose Willkommenskultur die Welt verblüfft hat – und so den Respekt der Weltgemeinschaft an sich gezogen hat. Die Welt verneigt sich vor einem Land, das für lange Zeit auf der europäischen Bühne als der Inbegriff von Abschreckung und Ablehnung galt. In den letzten Jahren aber – neben wenigen europäischen Ländern – zu einem beachtenswerten Beispiel einer offenen europäischen Gesellschaft und Willkommenskultur geworden ist. In Zeiten der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise nahm Deutschland hunderttausende europäische Migrantinnen und Migranten aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Rumänien, Polen auf, die ihre krisengeschüttelte Länder auf der Suche nach besseren Lebensperspektiven verlassen mussten. Zeitgleich stieg die Zahl von Geflüchteten, die in Deutschland Schutz vor Krieg, Gewalt, Diktatur und Armut suchten und fanden. 2015 waren es fast eine Million.

Ein beeindruckendes Deutschland – Dank einer solidarischen Politik, dank einer entschlossenen Regierungschefin und dank einer zupackenden Zivilgesellschaft, ohne deren Engagement die große humanitäre Aufgabe nicht zu bewältigen ist und sein wird.

Deutschland 2016: Ein Klima der Angst und der Verunsicherung schwebt über die Zuversicht, die die Gesellschaft mehrere Monate vereinte. Grenzkontrollen, Verschärfungen des Asylgesetzes, Abschiebungen beherrschen die politische Debatte.

Zwischen diesen beiden Deutschlands scheint ein politisches Jahrzehnt zu liegen. In Wirklichkeit sind es nur ein paar Stunden während der Silvesternacht in Köln, Hamburg und andere Städte, die das Deutschland von 2015 und Deutschland von 2016 trennen. Geschehnisse und Situationen, die Wasser auf die Mühlen der Gesellschaftsspalter, Flüchtlingshasser und Rassisten gießen – so zur Vergiftung des humanitären Klimas beitragen.

Es waren Horden von jungen Männern mit Migrationshintergrund, die in verschiedenen Städten massenhaft Frauen sexuell angegriffen, gedemütigt und beraubt haben. Diese Kombination befeuert eine Debatte, die vor allem seit Spätsommer 2015 – seit der Ankunft großer Flüchtlingszahlen aus dem Nahen Osten – offen und unterschwellig geführt wurde. Sind Konflikte um sexuelle Freiheit und Selbstbestimmung nur eine Frage der Zeit?

Dabei mischen sich einerseits Vorurteile und Projektionen gegen Flüchtlinge, Muslime und Araber und andererseits berechtigte Fragen um Frauenrechte und Geschlechterverhältnisse in der arabischen Welt und den muslimischen Communities.

Seit der Silvesternacht von Köln ist der Topos sexualisierter Gewalt nun allgegenwärtig. Im Mittelpunkt steht dabei weniger die Frage nach dem Umgang mit Gewalt gegen Frauen in

der Gesellschaft oder die Frage nach hegemonialen Männerbildern. Rechte Populisten haben das Thema an sich gerissen und für ihre hetzerische Agenda instrumentalisiert. Der „arabische/muslimische Mann“ ist dabei zur zentralen Figur eines angstbesetzten Diskurses geworden, der in den Übergriffen auf weiße Frauen eine Chiffre für die derzeitige maskuline Überfremdung des öffentlichen Raumes durch Migranten und Geflüchtete sieht.

Männliche Zeitgenossen, die sich im wirklichen Leben weder mit dem Kampf für Gleichstellung noch mit der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen in Verbindung gebracht werden wollen, mutierten über Nacht zu eifrigen Feministen. In Wirklichkeit geht es um die Verteidigung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen gegenüber Migranten, Flüchtlingen und nicht-weißen Menschen in dieser zunehmend heterogenen Gesellschaft. Gut und richtig ist es, dass die meisten Frauen in diesem Land den Gesellschaftsspaltern und Rassisten nicht auf den Leim gehen.

Selbstverständlich gilt es die Vorfälle der Silvesternacht und die Übergriffe gegen Frauen ohne wenn und aber anzuprangern und zu verurteilen. Fragen von Geschlechterrollen und Männlichkeitsbildern in patriarchalen Gesellschaftsverhältnissen migrantischer Communities gehören auf dem Tableau der politischen Auseinandersetzung. Die libanesische Autorin und Feministin Joumana Haddad wies jüngst in ihrem ZEIT-Artikel darauf hin, dass vor allem „maskuline Standards“ und die elterliche Erziehung Jungs zu übergriffigen Machos mache, weswegen hier anzusetzen sei.

Was bei der polarisierten Debatte immer wieder weitgehend auf der Strecke bleibt, ist eine offene Auseinandersetzung, die nicht nach schnellen und einfachen Antworten sucht, sondern die soziale und politische Verhältnisse in ihrer Komplexität wahrnimmt und bearbeitet. Schweigen und Verschweigen, Vereinfachung und Haltungslosigkeit überlassen den Rechten und Extremen die Debattenführung. Stattdessen gilt es, unabhängig von der populistischen Demagogie Antworten zu suchen – und vor allem auch zu finden!

Es ist falsch und vergiftet zudem das soziale Klima, unermüdlich die "kippende Stimmung" herbeizureden, wenn es sich in Wirklichkeit um politische Kontroversen handelt, über die wir reden und auch streiten sollen. Wenn es nach den Gegnern der aktuellen Flüchtlingspolitik ginge, ist die Stimmung in Deutschland schon seit Spätsommer gekippt – nämlich seit der ersten Willkommenswelle. Wunschdenken und Realität sind oft zwei Seiten derselben Gesellschaft. Während die einen hetzen und brandstiften, arbeitet und empfängt die Willkommengesellschaft unermüdlich.

Zum Realitätsbild gehört aber auch die Tatsache, dass viele Kommunen massiv unter Druck stehen. Oft wissen sie nicht, wie sie die aktuelle Situation bewältigen sollen. Sie benötigen die große Solidarität der Politik, der Wirtschaft, der ganzen Gesellschaft. Schulen, Verwaltungen und viele andere öffentliche Institutionen benötigen starke Infrastruktur und

mehr Personal, um die Aufgaben nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft bewältigen zu können.

Es geht um eine gute Basis für die Zukunft. Fit für die heutigen und künftigen globalen Herausforderungen zu sein. Für den sozialen Zusammenhalt, für eine demokratische und multikulturelle Gesellschaft brauchen wir belastbare politische, soziale und ökonomische Antworten auf drängende Fragen von heute und von morgen.

Es sind nicht wenige, die in dieser angespannten Situation der Politik der Bundesrepublik „Realitätsverlust“ vorwerfen. Keine Frage: die Politik und ihre Verwaltungsapparate sind mit der jetzigen Situation an mehreren Stellen überfordert, haben oft keine schnelle Antworten, wie sie große Zahlen von Geflüchteten kurzfristig unterbringen und langfristig integrieren können. Ratlos und recht einsam wirkt auch die Bundeskanzlerin, wenn sie in Europa für einen solidarischen und gemeinsamen Weg in der Flüchtlingsfrage wirbt. Alles Fragen und Aufgaben, die großen Kraftakt beanspruchen und in den nächsten Jahren die Politik und die Gesellschaft intensiv beschäftigen werden.

Tatsächlich unter Realitätsverlust leiden jedoch in erster Linie diejenigen, die glauben, Deutschland könne sich einfach aus der Weltpolitik ausloggen und sich vor globalen Herausforderungen drücken – und so auch dem internationalen Flüchtlingsproblem entledigen.

Schauen wir doch die globale Realität ins Gesicht: Wenn wir uns allein auf die Flüchtlingsgruppen konzentrieren, die bei uns Schutz suchen, dann werden wir schnell feststellen, dass die wirklich Hauptlasttragenden nicht auf diesem Kontinent liegen, sondern sich in Afrika, Asien und dem Nahen Osten befinden. Der größte Teil der syrischen Flüchtlinge geht nach Libanon, Jordanien und in die Türkei. Afghanische Flüchtlinge gehen hauptsächlich nach Pakistan und Iran. Flüchtende aus dem Irak finden Schutz vor allem in der Türkei, in Iran oder in Syrien. Die meisten Geflüchteten aus Eritrea sind im Sudan, in Äthiopien, in Kenia oder in Uganda zu finden. Es sind die Länder des Südens, die das Gros der 25 Millionen Menschen, die außerhalb ihrer Landesgrenzen Schutz suchen, beherbergen. Seit Jahren nehmen sie das Vielfache an Geflüchtete auf, als Europa in seiner Geschichte es je getan hat.

Realitätsverlust ist es auch zu glauben, Europa würde von der Globalisierung der Ökonomie und des Marktes profitieren, aber von globalen Fluchtproblemen verschont bleiben. Es ist jenseits jeglichem Realitätssinn, zu glauben, Privilegien der Mobilitätsfreiheit uneingeschränkt zu genießen. Andere jedoch in ihrer Sehnsucht nach Freiheit und Sicherheit vollkommen be- und einschränken zu wollen.

Menschen, die alles verloren haben, haben nichts zu verlieren. Sie setzen alles daran, das zu retten, was ihnen geblieben ist: ihr Leben. Bei dem Versuch, ihr Leben zu retten und ein

bisschen an Würde und Wohlstand Europas teilzuhaben, sind in den letzten 25 Jahren bis zu 50.000 Menschen vor den Toren Europas umgekommen.



Soll das die politische Umsteuerung oder die Alternative zur gegenwärtigen Politik sein? Wohl kaum! Weder Diktaturen, die in den Herkunftsländern mit repressiven Mitteln eine

Scheinstabilität suggerieren, noch der Stacheldraht an Europas Grenzen sind langfristige Lösungen des internationalen Flüchtlingsproblems.

Sondern Menschenrechte, Demokratie und Frieden! Genau die Rahmenbedingungen, die Europa politische, soziale und ökonomische Stabilität und Wohlstand beschert haben. Damit wären wir dann auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen. Wären da nicht wieder die geo-strategischen und ökonomischen Interessen, die einer kohärenten, langfristigen und partnerschaftlichen Strategie im Wege stehen.

Die letzten massenhaften Zuzüge von Flüchtlingen in Richtung Europa waren absehbar. Die meisten Krisen und Konflikte haben einen langen Vorlauf. Es wird jedoch erst dann gehandelt, wenn die Probleme sich dermaßen verschärft haben, dass sie unausweichlich werden. Präventive Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft? Fehlanzeige.

Was bleibt ist also zu handeln statt zu jammern – wenn das Problem und die Herausforderungen ohnehin vor die eigene Haustür stehen. Wenn die Bundeskanzlerin sagt "Wir schaffen das" verstehe ich kein trotziges Statement einer in Bedrängnis geratenen Regierungschefin. Ich glaube daran. Weil Deutschland das Potenzial, die Kompetenz und die Ressourcen dazu hat.

Die Bundesrepublik und die bundesrepublikanische Gesellschaft haben bislang unschätzbare Integrationsleistungen in ihrer jüngsten Geschichte vollbracht:

... Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kamen knapp 12,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches in die Bundesrepublik und in die DDR.

... Allein zwischen 1949 und dem Mauerbau 1961 wurden mindestens 2,7 Millionen Menschen aus der ehemaligen DDR in Westdeutschland aufgenommen.

... Zwischen 1955 und 1973 (bis zum Anwerbestopp) kamen im Rahmen der Gastarbeiteranwerbepolitik aus Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, dem ehemaligen Jugoslawien und Südkorea etwa vier Millionen Menschen (von denen allerdings die meisten zurückkehrten). Baden-Württemberg als ein Zentrum der Nachkriegsindustrie hat viele dieser Menschen aufgenommen.

... Im Rahmen einer ähnlichen Anwerbepolitik (Kontraktarbeiter) waren rund 500.000 Menschen aus Angola, Mosambik, Polen und Vietnam in die DDR gekommen. Nach der deutschen Einheit wurden sie allerdings aus dem Land geschmissen.

... 1970 bis 2014 kamen ca. 7,5 Millionen Einwanderinnen und Einwanderer sowie 800.000 Flüchtende ins Land.

... 2015 – wie wir alle wissen – fast eine Million Geflüchtete.



... Und als die größte Integrationsleistung der deutschen Geschichte dürfte die Deutsche Einheit zählen – trotz bleibenden Schwierigkeiten und weiterhin bestehenden Defiziten in der politischen Integration.

Diese Aufzählung soll die jüngsten historischen Momente und Leistungen der Bundesrepublik beleuchten, hat aber natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wie viele andere europäische Gesellschaften ist die deutsche Geschichte – vor allem die deutsche Geschichte wegen ihrer historischen Besonderheit – stark geprägt von Flucht, Vertreibung und Einwanderung.

Weil Deutschland aber das und vieles in seiner jüngsten Geschichte (seit dem Zweiten Weltkrieg) geschafft hat, wird auch in Zukunft vieles bewältigen. Weil eine weitsichtige Verfassung, eine stabile Demokratie, weitgehend unabhängige Institutionen und eine gesunde Volkswirtschaft eine gute Basis bilden. Und weil eine starke Zivilgesellschaft den gesellschaftlichen Prozess kritisch, engagiert und zupackend begleitet und mitgestaltet.

Das größte Defizit in der bisherigen deutschen Einwanderungspolitik bleibt freilich die versäumte Integration von Gastarbeitern und ihren nachfolgenden Generationen. Die heutige dritte und vierte Generation – in Deutschland geboren, aufgewachsen und ausgebildet (oder auch nicht) – ist schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als ihre Großelterngeneration. Wenn wir Deutschland diesbezüglich mit anderen Einwanderungsländern vergleichen, ist es eigentlich eine Schande.

Hier drängt sich die Frage: Wo bleibt das Versprechen einer demokratischen und leistungsorientierten Gesellschaft, dass alle Mitglieder der Gesellschaft über gleiche Chancen und Zugangsvoraussetzungen verfügen? Diskriminierung und Rassismus spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Die Verweigerung einer Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik hat tiefe Spuren beim Zugang zum Bildungswesen und Arbeitsmarkt sowie spürbare Kluft in der Repräsentation an machtvollen Positionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur hinterlassen.

In einer globalisierten Welt, wo internationale Politik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Konflikte und Migration allein mit nationalen Alleingängen nicht zu bewältigen sind, muss die deutsche Gesellschaft zusammen mit den anderen europäischen Gesellschaften Antworten auf aktuelle und künftige Herausforderungen finden. Statt jahrein jahraus auf Flucht- und Migrationsbewegungen mit erstarrten Überraschungen zu reagieren, müssen Ideen und Konzepte entwickelt werden, die zukunftsfähig und belastbar sind. Und zwar in einer breiten gesellschaftlichen Allianz.

Vor diesem Hintergrund hat die Heinrich-Böll-Stiftung eine hochkarätig besetzte Kommission unter dem langen Titel "Perspektiven für eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik" gegründet, um konkrete Ansätze und Konzepte zu entwerfen. Ihr gehören Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien an, aber auch Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Arbeitgeberverbänden, der Zivilgesellschaft sowie aus der Kommunalpolitik.



Die mehrschichtigen nationalen, europäischen und internationalen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zusammenzudenken und die Durchlässigkeit der Migrationssysteme zu überprüfen, gehören zum zentralen Anliegen der Kommissionsarbeit. Es geht aber darüber hinaus auch um die Verzahnung der verschiedenen Politikbereiche: Flucht und Migration einerseits, Demografie, Arbeitsmarkt, Außen- und Entwicklungspolitik andererseits.

Nur durch eine kohärente Politik werden wir in Zukunft die Herausforderungen und Schwierigkeiten von heute besser in den Griff bekommen. Es geht um die Vision, internationale humanitäre und menschenrechtliche Verpflichtungen mit den Interessen des Landes, der Gesellschaft und der Wirtschaft intelligent in Einklang zu bringen.

Selbst wenn wir die ökonomischen Interessen Deutschlands in den Mittelpunkt rücken – was ja in Ländern wie die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien durchaus üblich ist –, würde eine entwicklungs- und zukunftsorientierte Volkswirtschaft ohne die drei Faktoren des Fortschritts heute wohl kaum den globalen Wettbewerb bestehen: Technologie, Talente und Toleranz. (Lasst uns hier den Toleranzbegriff großzügig im Sinne von Partizipation und Machtbeteiligung auslegen.)

Technologie, Talente und Toleranz – gehören mittlerweile zur Philosophie vieler mittelständischer Betriebe, weil sie gemerkt haben, dass allein die Rekrutierung von Talenten im familiären Umfeld sich irgendwann erschöpft. Der Fortschritt der Technik und die Modernisierung der Arbeit müssen mit der Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens und der Zusammenarbeit Hand in Hand gehen. Nur eine tolerante und aufgeschlossene multikulturelle Gesellschaft zieht Talente an. Nur wem es gelingt, Talente anzuwerben und zu halten, kann auch am Modernisierungswettbewerb teilnehmen. Eine Logik, die so einfach und einleuchtend ist, oft aber an völkischem Denken und Rassismus scheitert.

Vergessen wir nicht, dass es auch um den Erhalt des Wohlstandes und des Sozialstaates geht. In einer alternden und demografisch schrumpfenden Gesellschaft, mit zunehmendem Rückgang von Arbeitskräften lassen sich der Wohlstand und der Lebensstandard nur in einer klugen Koppelung von Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik und Einwanderungspolitik aufrechterhalten.

Bereits ab 2023 werden wir die demografischen Auswirkungen spüren. Nach den letzten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Einwohnerzahl Deutschlands in 40 Jahren (bei schwacher Zuwanderung) unter 70 Millionen bzw. (bei stärkerer Zuwanderung)

etwas über 70 Millionen sein. Diese Entwicklung wird vor allem auf die Renten- und andere Sicherungssysteme des Sozialstaates dramatische Auswirkung haben. Haben wir heute 34 Rentenbezieherinnen und -bezieher pro 100 Erwerbstätige, werden es in 40 Jahren 60 pro 100 Erwerbstätige sein.



Halten alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammen, gelingt es uns eine Allianz zu bilden, sind die Chancen gut, einerseits die Herausforderungen der

Sozialpolitik und Demografie und andererseits die von Flucht und Migration zu vereinbaren und gut in Griff zu bekommen. Gelingt es uns nicht, lösungsorientiert zusammen zu handeln, sind die Chancen groß, dass vieles uns um die Ohren fliegt.

Im Gegensatz zu der hetzerischen Propaganda, deren einziges Ziel die Verbreitung von Ängsten, Spaltung und Hass ist, sprechen die ökonomischen Fakten der Bundesrepublik aktuell eine andere Sprache: Der deutsche Staat hat 2015 den höchsten Überschuss seit der Wiedervereinigung erzielt. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen haben ca. 20 Milliarden Euro mehr eingenommen als sie ausgaben. Die Arbeitslosenzahl ist auf dem niedrigsten Niveau seit den letzten 25 Jahren.

Und trotzdem bleiben berechtigte Sorgen und Ängste von Menschen vor dem sozialen Abstieg, der gesellschaftlichen Spaltung sowie Ängste vor Globalisierung. Genau das instrumentalisieren Gesellschaftsspalter, Rechtspopulisten und Neonazis für ihre Verachtung gegen die Demokratie und für ihre völkische Gesinnung und ihren Rassismus gegen Minderheiten. Über 1.100 Gewalttaten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte allein 2015 sind eine deutliche Demonstration von Hass und Verachtung.

Das demokratische Deutschland muss der Feindlichkeit und der Spaltung die Stirn bieten. Die Mehrheit muss ihre Sprache finden und sich nicht von Hass und Angstmacherei treiben lassen. Haltung zeigen. Angst hat nie Probleme gelöst, sondern nur verschärft.

Meine Rede abschließen möchte ich an dieser Stelle mit einem Zitat des finnischen Politikers Urho Kekkonen: "Sicherheit erreicht man nicht, indem man Zäune errichtet. Sicherheit gewinnt man, indem man Tore öffnet."

Vielen Dank!